
FDP Wetterau

FDP WETTERAU INFORMIERT SICH IM JOBCENTER FRIEDBERG ÜBER ARBEITSMARKT

05.04.2017

Eine Delegation der FDP Wetterau hat die Friedberger Stelle des Wetterauer Jobcenters besucht. Zentrale Themen des gemeinsamen Gesprächs waren die aktuellen Beschäftigungszahlen in der Region, die Integrationschancen von Flüchtlingen in den hiesigen Arbeitsmarkt und der anhaltende Fachkräftemangel des deutschen Handwerks. Für die FDP erschienen waren der ehemalige Hessische Vizeministerpräsident Dr. h. c. Jörg-Uwe Hahn, der freidemokratische Wetterauer Bundestagskandidat Peter Heidt, der FDP-Kreisvorsitzende Jens Jacobi, der ehrenamtliche Kreisbeigeordnete Wolfgang Patzak, die Kreistagsabgeordnete Regine Feyl und die stellvertretende FDP-Kreisvorsitzende Natascha Baumann. Bernhard Wiedemann, Geschäftsführer des Jobcenters Friedberg, und Eckart Schäfer, Geschäftsführer der Arbeitsagentur Gießen, begrüßten die Freien Demokraten.

Wiedemann zufolge belaufe sich die Zahl der Leistungsbezieher im Wetteraukreis, die er als „Kunden des Jobcenters“ bezeichnete, auf rund 15.000 Personen. Man unterscheide zwischen Arbeitslosen nach Sozialgesetzbuch (SGB) II und III, wobei die Mehrheit in erstere Kategorie falle. „Die Menschen, die zu uns kommen, haben Probleme und wollen diese lösen“, fasste Wiedemann zusammen. „Das SGB II basiert auf dem Prinzip des Förderns und Forderns. Dies ist nicht bei allen Kundinnen und Kunden gleichermaßen beliebt. Dennoch erwarten wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber den gleichen Respekt, den sie auch berechtigterweise ihnen gegenüber erwarten.“

Wiedemann berichtete, die Anzahl von ausländischen Arbeitslosen sei 2016 insgesamt zurückgegangen, während der Anteil einzelner Nationalitäten aufgrund der Flüchtlingskrise erwartungsgemäß stark angestiegen sei. Den größten Zuwachs, in Höhe von 157%, habe man bei aus Syrien stammenden Menschen verzeichnet. Es handle sich

größtenteils um junge Männer zwischen 15 und 24 Jahren. Man rechne daher aufgrund erwarteter Familienzusammenführungen mit einem kurz- und mittelfristig weiter steigenden Leistungsbezug. Insgesamt bänden die Flüchtlinge allerdings bei weitem nicht so viele Ressourcen, wie man mit Blick auf die öffentliche Diskussionsbreite des Themas erwarten könne: „Die Neuankömmlinge machen nur einen geringen Teil unseres Alltagsgeschäfts aus. Das hängt sicher auch damit zusammen, dass die Asylanträge erst nach und nach vom BAMF bearbeitet werden. Mit einer nicht zu bewältigenden Welle rechnen wir aber auch 2017 nicht.“

Schäfer stellte den aktuellen Arbeitsmarktbericht vor, den seine Gießener Arbeitsagentur monatlich veröffentlicht: „Insgesamt finden wir einen guten Beschäftigungsrahmen vor. Insbesondere im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Arbeitslosenquote verringert, von 5,7% im Februar 2016 auf 5,2% in diesem Jahr. In absoluten Zahlen ausgedrückt sind das in unserem Bezirk 1481 Arbeitslose weniger als noch vor zwölf Monaten. Das ist eine überaus erfreuliche Entwicklung.“ Auch mit Blick auf die Zukunft sei man aufgrund der guten konjunkturellen Lage optimistisch. Dennoch gebe es Schäfer zufolge Tendenzen am Arbeitsmarkt, die man kritisch betrachten müsse: „Die Arbeitslosigkeit ist zwar gesunken, gleichzeitig hat jedoch die sogenannte Unterbeschäftigung zugenommen.“ Zur Unterbeschäftigung zähle man auch solche Personen, die zwar per definitionem nicht als arbeitslos gelten, aber über keinen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz verfügen „Konkret sind das hauptsächlich Menschen in arbeitsmarktpolitischen Qualifizierungsprogrammen und in Sprachkursen bei Personen mit Fluchthintergrund“; so Schäfer.

Problematisch sei in den Augen aller Gesprächspartnern die starke Studierneigung jugendlicher Schulabgänger, die die duale Ausbildung ausbluten lasse. Hahn hierzu: „Nicht jeder, der das Abitur erhält, gehört an die Universität. Als Freie Demokraten sind wir der Auffassung, dass ein Meister genauso viel Anerkennung verdient wie ein Master. Auch das ist Teil der besten Bildung der Welt, die wir uns für Deutschland zum Ziel erklärt haben. Handwerk bedeutet heute digitales Arbeiten, High-Tech und hochspezialisierte Vorgänge. Wir müssen die staatlichen Anreizsysteme korrigieren, um die Ausbildung wieder attraktiver zu machen. Daneben muss der Breitbandausbau stattfinden, damit Betriebe eine verlässliche Infrastruktur vorfinden.“ Auch sei es an der Zeit, die Anpassungsfähigkeit der Arbeitsagentur an sich ständig verändernde Bedingungen zu erhöhen. Schäfer abschließend: „Dies ist für meine Mitarbeiter eine kontinuierliche

Herausforderung. Die Erfahrung zeigt, dass wir gut aufgestellt und durchaus anpassungsfähig sind. Es wäre jedoch insgesamt hilfreich, wenn die oft kleinteiligen gesetzlichen Vorschriften in der Grundsicherung vereinfacht würden – ein unbürokratisches Regelwerk würde viel Ressource freisetzen, die wesentlich zielführender in die Arbeitsvermittlung investiert werden könnte.“